22.11.95

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Freilassung des chinesischen Dissidenten Wei Jingsheng

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist bestürzt über die nach 19 Monaten illegaler Haft jetzt sogenannte "formelle" Inhaftierung des prominenten chinesischen Dissidenten Wei Jingsheng. Die Anklageerhebung wurde kurz nach der Abreise des Bundeskanzlers aus China bekanntgegeben und stellt einen drastischen Affront gegen die von der Bundesregierung betriebene stille Diplomatie dar.

Der Deutsche Bundestag verurteilt die krasse Verletzung internationalen Menschenrechts und fordert die Bundesregierung auf, sich für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Wei Jingsheng einzusetzen.

Bonn, den 22. November 1995

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

)	
,				
		·		
	·			